Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag. Monats-Bezugspreis: 1.90 Rm. Bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgebiets 10 Pfg. mehr, bei Zutragung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 20 Pfg. Botenlohn. Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 28301. Gemeindegirokonto: Frank. Berg. Fernsprecher 51. — Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7½ Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Aufträgen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Klagesachen Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsfalle Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck u. Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

Nr. 21 | Dienstag den 26. Januar 1932 nachmittags | 91. Jahrgang

Der Krach im Völkerbund

Unüberbrückbare Gegensätze in der Mandschurei-Frage

Vertagung auf Dienstag

Genf, 25. 1. Die stundenlange Aussprache im Völkerbundsrat über den japanisch-chinesischen Konflikt konnte angesichts der völlig unüberbrückbaren Gegensätze zwischen der japanischen und chinesischen Regierung am Montag nicht abgeschlossen werden; sie wird am Dienstag vormittag fortgesetzt. Der chinesische Gesandte Yen wies die langen Ausführungen des japanischen Botschafters mit dem Hinweis zurück, daß das Bandenwesen erst nach dem japanischen Einmarsch entstanden sei. Die Mächte stünden vor der Tatsache, daß China jetzt zum dritten Male im Laufe von 18 Jahren eine japanische Invasion erleiden müsse.

In den geheimen Verhandlungen des Völkerbundsrates ist, wie verlautet, dem chinesischen Regierungsvertreter mitgeteilt worden, daß im Völkerbundsrat keinerlei Mehrheit für das Ergreifen anderer Mittel, insbesondere von Sanktionsmaßnahmen (Artikel 15 und 16), gegen Japan vorhanden sei. Der Konflikt müsse weiter auf der gegenwärtigen Grundlage behandelt werden.

Die Washingtoner Regierung gegen die japanischen Maßnahmen in Schanghai

Washington, 25. 1. Die amerikanische Regierung wendet sich in scharfer Weise gegen die japanischen Militärmaßnahmen in der internationalen Ansiedlung Schanghais. In hohen Regierungskreisen verlautet, daß die Washingtoner Regierung weitere japanische Truppenlandungen in Schanghai als „ernste Unruhe" ansehen würde. Solche japanischen Maßnahmen wären nur gerechtfertigt, wenn japanisches Leben und Eigentum in Schanghai gefährdet sein würde, das treffe jedoch nicht zu.

Fast 2 Milliarden für den Ausbau der französischen Luftflotte

Paris, 26. 1. (Funkspruch.) Nach vierstündiger Aussprache mit dem Luftfahrtminister Dumesnil hat der Finanzausschuß der Kammer am Montag über die Luftflotten-Kredite abgestimmt. Der Minister gab zunächst einen längeren Bericht, in dem er hervorhob, daß die französische Luftflotte beim Vergleich mit den Luftflotten anderer Staaten günstig dastehe. Was die größere Leistung und den größeren Aktionsradius der italienischen Flugzeuge anbelange, so seien diese auf Kosten der Sicherheit der Besatzung erzielt worden. Nach längerer Aussprache bewilligte der Ausschuß den für die Luftflotte vorgesehenen Gesamtkredit von 1,9 Milliarden Franken.

Die angeblichen holländischen Geschützlieferungen an Deutschland

Die „Morning Post" muß richtigstellen

London, 26. 1. (Funkspruch.) Der holländische Gesandte in London hat die „Morning Post" davon unterrichtet, daß die in Frankreich und Belgien im Umlauf befindlichen Gerüchte, über die Herstellung von erheblichen Mengen schwerer Artillerie und Munition in den Niederlanden und deren Ausfuhr nach Deutschland jeder Begründung entbehren. Die Rüstungsindustrie in Holland sei nur klein und es seien keine Fabriken vorhanden, in denen schwere Geschütze hergestellt werden könnten. Auch sei kein Park von Flugzeuggeschwadern vorhanden, wie es in den Veröffentlichungen gelautet habe. Die Fabrik, die angeblich die Geschütze ausgeführt habe, beschäftigt sich nur mit der Herstellung gewisser Zubehörteile.

Das Bauprogramm der amerikanischen Kriegsmarine verzögert

Washington, 26. 1. (Funkspruch.) Der Marineausschuß des Repräsentantenhauses genehmigte einstimmig den Vinson-Gesetzentwurf, der ein Neubauprogramm für Kriegsschiffe in Höhe von 616 Millionen Dollar vorsieht. Gleichzeitig beschloß der Ausschuß jedoch, den Gesetzentwurf nicht mehr während des laufenden Sitzungsabschnittes vor das Repräsentantenhaus zu bringen, wodurch die Ausführung das Bauprogrammes verzögert wird.

Frankreichs Absichten

London, 26. 1. (Funkspruch.) Dem Pariser Korrespondenten der „Times" zufolge ist der Zweck der Erörterungen zwischen Laval und dem englischen Botschafter in Paris der gewesen, eine andere Konferenz anstelle der Lausanner Konferenz zustandezubringen und zwar im Zusammenhang mit der amerikanischen Anregung, daß die europäischen Mächte zuerst zu einer Verständigung unter sich kommen sollten.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, der englische Ministerpräsident sei nicht abgeneigt, gemeinsam mit Laval eine mögliche Grundlage für ein Tributabkommen zu erörtern. Der französische Ministerpräsident aber wünsche eine vorherige grundsätzliche Vereinbarung auf Grund von diplomatischen Verhandlungen und Besprechungen der finanziellen Sachverständigen, bei denen auch das Datum und der Umfang der Konferenz schon festgelegt werden sollen. Frankreich wünsche ein gemeinsames Vorgehen gegenüber Amerika, während die englische Finanz glaube, daß England durch selbständiges Vorgehen bessere Bedingungen erhalten werde, weil Amerika zur Zeit nur eine Revision der Schuldenabkommen mit England und Belgien begünstige. Da Frankreich aber nur dann Zugeständnisse an Deutschland machen wolle, wenn es sich bei Amerika eine Revision der französischen Schuldenzahlungen gesichert habe, so seien die Aussichten auf ein Moratorium nicht gerade glänzend.

Dem Pariser Korrespondenten der „Financial Times" zufolge ist der Vorschlag gemacht worden, daß die Tributkonferenz am 6. Juni beginnen solle.

Die Franzosen wollen das Stillhalteabkommen sabotieren

Paris, 25. 1. Der Aufsichtsrat der Bank von Frankreich tritt am Donnerstag zusammen, um endgültige Beschlüsse über die Frage der Verlängerung des französischen Anteils an dem 100-Millionen-Dollarkredit für die Reichsbank zu fassen. In der Pariser Presse unterstreicht man ganz besonders die Bedeutung und die Auswirkungen, die dieser Beschluß nicht nur auf den Kredit selbst, sondern auch auf das Berliner Stillhalteabkommen haben wird. Einige Blätter spielen mit der Drohung, daß die Bank von Frankreich ihren Kreditanteil nicht verlängern werde, wodurch das Stillhalteabkommen hinfällig werden würde. Weiter wird erklärt, der Bericht des Berliner Stillhalteausschusses betone, daß der deutsche Wirtschaftskörper über starke Aufbaukräfte verfüge, die sofort in Erscheinung treten würden, wenn sich die internationale Lage ver-

Kurzer Tagesspiegel

Im **französischen Außenministerium** fand am Montag eine französisch-englische Besprechung in der Tributfrage statt, die nach französischer Lesart eine Annäherung ergeben haben soll, während sie nach englischer Darstellung erfolglos geblieben ist.

Die Pariser Presse tritt dafür ein, daß die Bank von Frankreich, die am Donnerstag zur Beschlußfassung über die Frage der Verlängerung des französischen Anteiles aus dem Reichsbankkredit zusammentritt, durch ihre Weigerung dem Stillhalteabkommen entgegenarbeiten möge.

Die amerikanische Regierung wendet sich scharf gegen die japanischen Militärmaßnahmen in Schanghai und bereitet eine Protestnote an Japan vor.

Nach Londoner Meldungen aus Genf hat sich der Völkerbundsrat in seiner vertraulichen Sitzung gegen den Rücktritt des Generalsekretärs Drummond ausgesprochen.

Während der angekündigte **Generalstreik in Spanien** durch die energischen Abwehrmaßnahmen der Regierung in einem großen Teil des Landes verhindert werden konnte, kam es in Sevilla und Valencia zu ernsten Unruhen.

Bei den revolutionären Unruhen in Salvador sollen bisher etwa 1000 Personen getötet worden sein.

Der Kontrollausschuß des Völkerbundes hat wegen der ernsten Wirtschaftslage die Bauarbeiten am neuen Völkerbundspalast vorläufig eingestellt.

Der Berliner Polizeipräsident hat ein Redeverbot gegen den Abgeordneten Goebbels erlassen.

Die Bank von England beabsichtigt, den Restbetrag des im August vorigen Jahres aufgenommenen französisch-amerikanischen Rediskontkredits in Höhe von 30 Millionen Pfund (etwa 600 Millionen Mark) am 1. Februar zurückzuzahlen.

Engl.-franz. Konferenz in Paris

Widersprechende Meldungen über das bisherige Ergebnis

Tributkonferenz am 6. Juni?

Der Streit um Lausanne

Paris, 25. 1. Am Montag fand im Außenministerium eine französisch-englische Besprechung statt, an der Ministerpräsident und Außenminister Laval, Finanzminister Flandin, der englische Botschafter und der erste Botschaftssekretär teilnahmen. Die Unterredung, die fast zwei Stunden dauerte, galt in erster Linie dem Versuch, eine gemeinsame Haltung in der Tribut- und Schuldenfrage vorzubereiten. Obwohl eine amtliche Verlautbarung nicht ausgegeben wurde, glaubt man in unterrichteten Kreisen zu wissen, daß eine bedeutende Annäherung in den wesentlichsten Punkten erzielt worden sei. Der englische Botschafter hat seiner Regierung sofort Bericht erstattet. Es soll übrigens die Möglichkeit erwogen worden sein, die Lausanner Konferenz im Februar oder Juni abzuhalten.

London, 25. 1. Die Tributverhandlungen wurden am Montag abend in diplomatischen Kreisen Londons durchaus pessimistisch beurteilt. Die Hoffnung, daß am Montag die Entscheidung über das Zusammentreffen **Laval—Macdonald** fallen würde, hat sich nicht erfüllt. Die pessimistische Stimmung ist das Ergebnis der anscheinend negativ verlaufenen Unterredung zwischen Laval und dem englischen Botschafter in Paris, Lord Tyrell.

Seit der letzten Unterredung des deutschen Botschafters Freiherrn v. Neurath mit dem Unterstaatssekretär Vansittart am vergangenen Freitag ist die englische Regierung nicht wieder mit neuen Vorschlägen an die deutsche Botschaft herangetreten. Das Schwergewicht der Verhandlungen liegt jetzt vielmehr in der Aussprache mit Paris. Hierbei hat die englische Regierung erneut zum Ausdruck gebracht, daß sie die Tributkonferenz für wünschenswert hält, deren Ziel eine möglichst endgültige Regelung der Tributfrage sein müsse. Mit diesem Gedanken hat sich, soweit in London verlautet, Laval noch nicht einverstanden erklärt.

Der englisch-französische Gegensatz

Paris, 26. 1. (Funkspruch.) Pertinax erklärt im „Echo de Paris", daß die Einzelheiten der gestrigen englisch-französischen Aussprache am Quai d'Orsay noch unbekannt seien. Das Ergebnis liege aber klar zutage. Man sei nicht um einen Schritt vorwärts gekommen. Auf englischer Seite bestehe man darauf, daß die Tributkonferenz im Mai oder Juni zusammentreten müsse, und daß wenigstens eine Lösung auf eine Reihe von Jahren nötig sei. Ferner hielten es die Engländer für nötig, ein auf die Gesamtheit der deutschen Zahlungen ausgedehntes Moratorium zu bewilligen. Auf französischer Seite seien dagegen weder Laval noch Flandin gewillt, auf eine Lösung einzugehen, die praktisch die Tributzahlungen ohne Rücksicht auf die Haltung Amerikas in der Schuldenfrage beseitige. Frankreich könne in seinen Zugeständnissen über eine einjährige Verlängerung des Hooverfeierjahres, sowie den darin enthaltenen Beschränkungen und Vorbehalten nicht hinausgehen. Schließlich stehe die französische Politik auf dem Standpunkt, daß eine im Mai oder Juni zusammentretende Tributkonferenz keine über ein oder zwei Jahre hinausreichenden Beschlüsse fassen dürfe. In der beiderseitigen Haltung habe sich im Laufe der letzten Woche nichts geändert.

Der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag

Wieder ein „Verzicht" auf den Krieg

Weittragende politische Bedeutung

Moskau, 25. 1. Der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag, der am Montag in Moskau paraphiert wurde, besteht aus 7 Artikeln. Der Vertrag besagt in seinen Hauptpunkten:

1. Die beiden Vertragspartner verzichten auf die Regelung aller Streitigkeiten durch das Mittel eines Krieges.

2. Beide Staaten verpflichten sich, keine Vereinbarungen mit dritten Ländern zu treffen, die gegen eine der Vertragsseiten gerichtet sind. Die Abmachungen, die zwischen einem der Vertragschließenden und einem dritten Staat getroffen worden sind, bleiben auch nach Abschluß des Nichtangriffsvertrages in Kraft, wenn es sich nicht um Vereinbarungen handelt, die Angriffsabsichten in sich bergen.

3. Der Vertrag gilt für eine Zeit von drei Jahren. Er kann fünf Monate vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, so verlängert er sich automatisch um weitere zwei Jahre.

4. Der Vertrag muß 30 Tage nach der Paraphierung ratifiziert werden.

Die übrigen Abschnitte des Vertrages beziehen sich auf die Verpflichtungen der beiden Partner für den Fall, daß einer von ihnen von einer dritten Seite angegriffen wird. In einem solchen Falle muß der andere Vertragspartner Neutralität bewahren.

Polen ist vorsichtig

Warschau, 25. 1. Der russisch-polnische Vertrag wird von Polen erst dann unterzeichnet werden, wenn sämtliche übrigen Nichtangriffsverträge Sowjetrußlands, vor allem der Vertrag mit Rumänien unterzeichnet worden sind.

Die Bedeutung des Vertrages

Berlin, 25. 1. Die Paraphierung des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes ist ein Ereignis von weittragender politischer Bedeutung. Die Verhandlungen zwischen Polen und Rußland über einen Nichtangriffspakt reichen bis in das Jahr 1925 zurück. Damals schlug der damalige Außenkommissar Tschitscherin sämtlich an Rußland angrenzenden Staaten in Europa den Abschluß von Nichtangriffsverträgen vor. Die polnische Regierung machte jedoch die Annahme dieses Vorschlages davon abhängig, daß der Vertrag gleichzeitig mit allen Staaten unter polnischer Führung abgeschlossen werden sollte, eine Bedingung, auf die Rußland nicht einging. Außerdem verlangte Polen seinerzeit eine Garantie seiner Westgrenze. Die Verhandlungen haben dann geruht und sind erst im August 1931 wieder aufgenommen worden, nachdem in Paris ein russisch-französischer Nichtangriffsvertrag zustande gekommen war. Das Inkrafttreten dieses Vertrages war jedoch von der Unterzeichnung eines polnisch-russischen Nichtangriffsvertrages abhängig gemacht. Da der polnisch-russische Vertrag wieder erst in Kraft treten soll, wenn die Verträge mit den anderen europäischen Nachbarn Rußlands, vor allem also Rumänien, unterzeichnet sind, wird es vielleicht noch eine Weile dauern, bis der Vertrag in Kraft tritt. Immerhin ist der polnisch-russische Nichtangriffsvertrag für die kommende Abrüstungskonferenz von besonderer Bedeutung, da Polen jetzt nicht mehr behaupten kann, daß es durch die Drohung seines russischen Nachbarn zu besonderem Rüstungsaufwand gezwungen wäre.

SLUB
Wir führen Wissen.